

Die der Zentralen Erfassungsstelle der ~~Länderjustiz~~verwaltungen Salz-
gitter zugeleiteten Informationen dienen vorrangig der Prüfung bezüg-
lich des Vorliegens von sogenannten "SBS- und SBZ-Rechtsbrüchen" und
bilden entscheidende Grundlagen für spätere Befragungen der betreffen-
den ehemals in der DDR Verhafteten bzw. Strafgefangenen im Rahmen der
völkerrechtswidrigen Tätigkeit der Zentralen Erfassungsstelle der Lär-
derjustizverwaltungen Salzgitter. Im Zuge von Prüfungen werden in der
Folgezeit die für den Wohnsitz der ehemals Verhafteten bzw. Strafg-
efangenen zuständigen Staatsschutzpolizeidienststellen von der Zentra-
len Erfassungsstelle der Länderjustizverwaltungen Salzgitter in Amts-
hilfe beauftragt, dieselben als Zeugen zu vernehmen sowie weitere Er-
mittlungshandlungen durchzuführen. Zu diesem Zweck wird diesen ein
vom Leiter der Zentralen Erfassungsstelle der Länderjustizverwaltunge
Salzgitter unterzeichnetes Anschreiben mit Vorgehensorientierungen un
entsprechendem Informationsbedarf zugestellt. Dem Informationsbedarf
ist zu entnehmen, daß die Zentrale Erfassungsstelle der Länderjustiz-
verwaltungen Salzgitter intensive Bemühungen unternimmt, um, über die
ihr zugeleiteten Informationen hinaus, selbständig weitere Informa-
tionen über die Linie XIV und IX sowie über Justizorgane zu erkunden
und zu sammeln.

Die von den Geheimdiensten sowie von der Ständigen Vertretung im Rah-
men ihrer konsularischen Betreuungstätigkeit von Verhafteten in der
DDR erlangten Informationen stehen dem Bundesministerium für inner-
deutsche Beziehungen und der "Bundesanstalt für gesamtdeutsche Auf-
gaben" sowie über diese weiteren Feindorganisationen und Massenmedien
der BRD (im weiteren Feindeinrichtungen) zur weiteren Verwertung zur
Verfügung. Den Feindeinrichtungen werden von den Geheimdiensten
direkte Hinweise auf das Vorhandensein von für ihre Tätigkeit geeig-
neten Personen (Quellen) gegeben.

So hat der Leiter des Referates IV/2 der "Bundesanstalt für ge-
samtddeutsche Aufgaben" gemäß der ihm vom Bundesministerium für
innerdeutsche Beziehungen übertragenen Aufgaben zur "Betreuung
der politischen Häftlinge" unter anderem den Auftrag, die im Zu-
sammenhang mit dem "Bundesnotaufnahmeverfahren" über jede Per-
son (unter anderem über jeden ehemals in der DDR Verhafteten bzw.
Strafgefangenen) angelegte Personalakte in Gießen und Berlin
(West)-Marienfelde einzusehen und die vorhandenen Informationen
über Einzelheiten des Untersuchungshaftvollzuges des MfS nach
bestimmten Gesichtspunkten auszuwerten sowie Analysen zu ferti-
gen. Analoge Möglichkeiten und Aufgaben hat auch der Leiter des
"Pressereferates" sowie des Referates "Betreuungsmaßnahmen" im
Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen.¹

¹ Vgl. Information der ZAIG Nr. G/5579/12/78